



SIGHARD NECKEL
KATASTROPHENZEIT
DIE GESELLSCHAFT
IM KLIMAWANDEL
UND DIE FALLSTRICKE
DER TRANSFORMATION

Verlag C-H-Beck,
München 2026

ISBN 978-3-406-84627-4
256 Seiten, 20,00 €

© WSI Mitteilungen 2026
Diese Datei und ihr Inhalt sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Verwertung
(gewerbliche Vervielfältigung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Veröffentlichung
online oder offline) sind nicht gestattet.

BESPROCHEN VON

Stefan Schoppengerd, Dr.,
Politikwissenschaftler, wis-
senschaftlicher Redakteur
der WSI-Mitteilungen.

Wesentliche Mechanismen des Klimawandels sind wissenschaftlich verstanden, erklärt und dokumentiert. Emissionen einer industriellen Wirtschaftsweise verstärken den Treibhauseffekt und drohen ihn von einer Grundbedingung des Lebens auf der Erde in eine Gefährdung menschlichen Lebens zu verwandeln. Ungekannte Hitzewellen und andere Wetterkapriolen sind die Vorboten noch dramatischerer Veränderungen. Diese Effekte wenigstens zu begrenzen, erfordert eine schnelle Abkehr von fossilen Energieträgern. All das wissen wir.

Wesentlich kleiner ist der Konsens im Bereich der Sozialwissenschaften. Eine der härtesten Nüsse ist die Frage, warum ein mit dem naturwissenschaftlichen Erkenntnisstand korrespondierender gesellschaftlicher Veränderungsprozess ausbleibt. Wie ist die Beharrlichkeit im Kurs Richtung Abgrund zu erklären? Wo hat sie Risse, die zu vertiefen sich lohnen könnte? Lassen sich politische Strategien formulieren, die gleichermaßen wirkungsvoll wie zustimmungsfähig sind?

Das Buch „Katastrophenzeit. Die Gesellschaft im Klimawandel und die Fallstricke der Transformation“ des Soziologen Sighard Neckel bietet mehrere Puzzlestücke zur Beantwortung dieser Fragen. Seine zehn Kapitel sind je etwa zwanzig Seiten lang und gut eigenständig lesbar; das erleichtert eine Auswahl je nach Interesse oder die Verwendung von Auszügen als Seminarlektüre.

Es beginnt mit einer nüchternen Darstellung der katastrophischen ökologischen Entwicklung. Darauf folgen überzeugende Kritiken des Anthropozän- wie des Nachhaltigkeitsdiskurses. Neckel legt dar, dass eine klimawandel-adäquate Veränderung gesellschaftlicher Ressourcenbeanspruchung nicht über Konsumappelle erreichbar sein wird. Dennoch lässt er es sich nicht nehmen, den „Streit um die Lebensführung“ mit soziologischer Neugier zu erhellen. Das entsprechende Kapitel ist ein eigener Essay, der sowohl eine irrational übersteigerte Verteidigung des Fleischverzehr als auch die milieuspezifischen Borniertheiten vermeintlich ökologischer Lebensführung zu erklären vermag. Letztere ist demnach ein Distinktionsmerkmal akademischer Mittelklassen, das „als ein symbolisches Kapital eingesetzt [wird], um sich vom plebejischen Geschmack unterer Schichten, aber auch vom Luxuskonsum reicher Oberklassen abzusetzen. Obgleich die Belastung des Erdsystems durch einzelne Bevölkerungsgruppen umso größer ist, je wohlhabender sie sind, werden die ökologisch verwerflichsten Formen der Haushaltsführung ausgerechnet bei den unteren Schichten identifiziert.“ (S.143) Nachhaltigkeitsorientierung korrespondiere vortrefflich mit der Prägung der Mittelschichten, die persönlichen Ressourcen schonend einzusetzen. „Mit ökonomischem und kulturellem Kapital oberhalb des Notwendigen und unterhalb des Verschwenderischen ausgestattet, beruht die Lebensführung der Mitte auf verlässlichen Investitionen von Geld, Bildung und praktischer Vernunft, um den sozialen Status zu sichern und

auszubauen.“ (S.148) In den gegebenen gesellschaftlichen Rangordnungen verbinde sich eine ostentativ ökologische Lebensführung zwangsläufig mit symbolischen Auf- und Abwertungen.

Den damit verbundenen Konflikten möchte Neckel durch eine „populäre Klimapolitik“ entgehen. Er gibt seinem ambitionierten sozial-demokratischen Reformvorschlag den Namen „Infrastruktursozialismus“. Dieser bündelt verteilungs-, industrie- und sozialpolitische Anliegen zu einem demokratisch gestalteten Transformationsprozess, in dessen Mittelpunkt der Ausbau und die Dekarbonisierung von Gemeingütern stehen, also die geplante Grundversorgung mit Strom, Wärme, Wasser, Wohnen, Mobilität und Energie. Die Mittel dafür sollen nicht zuletzt über die steuerliche Belastung insbesondere großer Vermögen und Einkommen aufgebracht werden. Weil das gleichzeitig dazu beiträgt, klimaschädliche Reichtumskonzentrationen abzuschmelzen, könnte diese Umverteilung zugunsten nachhaltiger Gemeingüter zweifache ökologische Wirkung entfalten.

Was dieser strategischen Skizze fehlt, ist die globale Dimension. Neckels Kritik an einer dichotomen Einteilung der Welt in Nord und Süd ist völlig einleuchtend. Damit sind allerdings die Probleme internationaler Gerechtigkeit und globaler Externalisierung nicht vom Tisch. Bedauerlich in diesem Zusammenhang ist, dass Neckel über den Ansatz der „imperialen Lebensweise“ von Ulrich Brand und Markus Wissen das Vorurteil kolportiert, dieser ziele lediglich auf klimaschädliche Verhaltensweisen und Konsumpraktiken und reize zu Beschämungen und Schuldzuweisungen (S.49). Dabei ist die Schnittmenge zu den beiden Autoren sowohl in der Kritik an individualisierenden Perspektiven wie in der politischen Ausrichtung auf entschlossene Reformen (Brand/Wissen sprechen mit dem Politikwissenschaftler Joachim Hirsch von „radikalem Reformismus“) ganz erheblich.

Noch mehr verschenkt Neckel allerdings dadurch, dass er sich weder für die Arbeitswelt noch für Fragen von Wirtschaftsdemokratie nennenswert interessiert. Von hier aus wäre auch die Frage der Durchsetzbarkeit des „Infrastruktursozialismus“ substanzieller zu stellen. Obschon Neckel Hoffnung auf die Gewinnung demokratischer Mehrheiten für den nötigen Ausbau der Gemeingüter hat, führt die implizite Infragestellung ökonomischer Privilegien zwangsläufig zu der Frage, welche Machtmittel der minderbegüterten Mehrheit zur Überwindung erwartbarer Widerstände zur Verfügung stehen – und damit zu Fragen von Organisierung und (betrieblichen) Kräfteverhältnissen. Trotzdem verdient Neckels Beitrag auch im gewerkschaftlichen Diskurs Beachtung. Wenn angesichts sowohl von Klimawandel als auch von Rechtsextremismus vermehrt eine Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften angemahnt wird, dann bietet die „populäre Klimapolitik“ in Gestalt des Infrastruktursozialismus reichlich Stoff, dieses Mandat mit Inhalt zu füllen. ■